

## ZUM NACHDENKEN- Dialog mit den Bürgern

### Ist die rechtliche Schließung des Bahnüberganges „Bövergeest“ wirklich die Lösung ?

#### Vorgeschichte:

**Die Bövergeest ist ein alter Weg.** Von Ording kam man früher über Westmarken und dann diesen Weg nach St. Peter und auch Wittendün. Ihren Beginn hat die Bövergeest am Neuweg, führt am ehemaligen Pastorat und dem neuen Friedhof entlang nördlich an der Nordergeest mit dem heutigen Gewerbegebiet vorbei im Bogen zur Wittendüner Allee. Seit 1932 quert die Bahnlinie Garding – Bad St. Peter-Ording diesen zur Straße ausgebauten Landweg. Von der Wittendüner Allee aus war es bis vor einiger Zeit ein wirtschaftlicher Weg.

**Mit der Schaffung des Baugebietes Wittendüner Allee** wurde aus dem Wirtschaftsweg Bövergeest eine Zufahrtstraße zum neuen Wohngebiet mit der Straße Wittendüner Geest von der Wittendüner Allee aus und den ebenfalls Bövergeest genannten neuen Wohnerschließungs-Stichstraßen von ihr aus. Inzwischen sind fast alle Grundstücke bebaut. Die beidseitig der Bövergeest von der Wittendüner Allee aus gelegenen Areale werden in den nächsten Jahren wohl ebenfalls nicht mehr wie jetzt aussehen. Die Anzeichen sprechen eine mehr als deutliche Sprache.

**Der alte Straßenverlauf der Bövergeest allerdings hat die Gemeinde mindestens seit 2009 bis einschließlich heute beschäftigt.** Die Strecke vom Neuweg bis zur Nordergeest ist im Jahr 2015 saniert worden. Die Überquerung der Bahnlinie in Richtung Wittendüner Allee wurde gestoppt, aus der Gegenrichtung allerdings konnte die Bahnlinie weiter überquert werden.

Da Bahnübergänge ein Gefährdungspotenzial in sich bergen, das nun wegen des größeren Verkehrsaufkommens auch größer geworden war (– Unglücke zwischen Bahn und Auto hatte es vorher bereits immer wieder gegeben -), beantragten Anwohner des Wohngebietes eine komplette Schließung des Bahnüberganges in beiden Richtungen. Mehrheitlich folgte nach Beratungen im Ausschuss für Bauwesen und Verkehr der Beschluss der Gemeindevertretung zur Schließung. Die Bahn stimmte dem Begehren der Gemeinde zu. Der Übergang wurde abgesperrt und schließlich das Queren durch Errichten eines festen Zaunes auf beiden Seiten verwehrt. Für Kraftfahrzeuge und Motorräder war das Überqueren nun von beiden Seiten ausgeschlossen und auch durch entsprechende Beschilderung kenntlich gemacht.-

Noch aber sind die Zufahrtstraßen nördlich und südlich nicht zurückgebaut. Der Bahnübergang selbst ist entwidmet, der Bahnkörper aber noch nicht von dem Schwellenasphalt befreit, was eigentlich unbedeutend ist, weil Autos sowieso nicht mehr queren können. **Aber die Zufahrtstraßen bis zum Zaun sind so intakt wie vorher. Sie aber liegen auf Gemeindegebiet. Per Fahrrad oder zu Fuß kommt man auf beiden Seiten gut heran. Nur der in Richtung Tating um einige Meter verlängerte Zaun verhindert das direkte Queren über die Schienen.**

**Manche Fußgänger und Radfahrer aber stört das nicht.** Man schafft sich einen Trampelpfad bis zum Zaunende, geht über die Schienen und ist auf der nördlichen Bövergeestseite bzw. umgekehrt auf der südlichen. Das ist einfach bequem. Man weiß, wann der Zug kommt, immer so gegen fünf Minuten vor Halb in Richtung Bad und etwa zehn Minuten nach Halb in Richtung Tating. Außerdem wird man gewarnt. Der Zugführer lässt Pfeifen! Das muss er, denn die Baken und Andreaskreuze sind bisher seitens der Bahn nicht abgebaut.

**Bürger nutzen den eigentlich abgesperrten Weg, den Bürger abgesperrt haben wollten.** Schildbürgerei? –

**Nein, ein Fall für die Ortpolitik!** Damit beschäftigte sich der Gemeinderat nun erneut, denn die AWG-Fraktion hatte am 3. März 2017 beantragt, eine Bahnquerung gleichartig der für Fußgänger und Radfahrer beim Schützenhaus von Westmarken zur Eiderstedter Straße einzurichten. Der Antrag wurde nun – am 17. Juli - abgelehnt, im Gegenzug aber einstimmig der Rückbau der gemeindeeigenen Straße zum Zaun beschlossen wie auch eine Verlängerung des Zaunes auf beiden Seiten, um ein Überqueren der Schienen zu erschweren, denn dann müsste man den Trampelpfad evtl. sogar unzumutbar verlängern. Und die Bahn soll erneut aufgefordert werden, ihre Bahnverkehrszeichen und den Asphalt vor und zwischen den Schienen zu entfernen.

Formalrechtlich ist alles in Ordnung. Fraglich allerdings könnte sein, ob das Problem damit wirklich behoben ist. So unklug war doch eigentlich der Antrag der AWG nicht, aber er kam nicht durch. Also stimmten auch die Gemeindevertreter der AWG für den Rückbau der gemeindeeigenen Straße und die Verlängerung des Zauns.

### **Ortpolitik - Könnte man solche Probleme auch anders lösen?**

Was wäre eine Möglichkeit gewesen, dieses Problem unter Berücksichtigung von Interessen einzelner Bürger und der Allgemeinheit besser anzugehen, als auf dem bisher eingeschlagenen Weg? Ein und das andere Mal beschäftigt man sich mit demselben oder einem Folgeproblem. Das kostet Zeit und nervt. Mit der erfolgten Entwidmung durch die Bahn jedenfalls sind jetzt schon „Pflöcke“ eingeschlagen, wenn sie auch sonst ihren Aufgaben noch nicht richtig nachgekommen ist.

Könnte eine Lösung vielleicht gewesen sein, im Zuge einer Einwohnerversammlung mit allen Beteiligten, auch der Bahn, das Bahnübergangsproblem zu erörtern und damit zugleich auch andere Problemfelder einer Lösung zuzuführen, die nun zusätzlich über Anträge von Bürgern bzw. in der Bürgerfragestunde aufgekommen sind. Dazu gehört z.B. die erfolgte Einrichtung von Spielstraßen und die Querung von Fußgängern über die Wittendüner Allee. Befriedigend jedenfalls scheinen die Lösungen und die damit hervorgerufenen Folgen auch nicht zu sein. Wenn ein Zebrastreifen bzw. Ampel rechtlich nicht möglich sind, weil Zählergebnisse das nicht rechtfertigen, wie in der letzten Sitzung mitgeteilt, gäbe es statt einer Überquerungshilfe sicher andere machbare und auch patentere Lösungen.

Bürgerinnen und Bürger von Beginn an und dann auch in Folge mehr beteiligen und mitnehmen, indem man ihre Lösungsvorschläge aufnimmt und dann mit ihnen überdenkt, scheint mir ein gut gangbarer Weg. Das mag zunächst für Verwaltung mit all den Vorschriften ungewohnt sein, aber zahlte sich sicher letztlich aus. Es sparte schließlich nicht nur Zeit und Geld, sondern verhinderte wohl auch unnützes Arbeiten und sorgte bestimmt bei allen für mehr Zufriedenheit.

Bei der Erstellung des Touristischen Entwicklungskonzeptes jedenfalls meinte man, das schon erkannt und berücksichtigt zu haben. Da war es jedenfalls eine wichtige Erkenntnis, dass Tourismus ohne die ansässigen Bürger nicht geht.

Aber sie muss auch weiter umgesetzt werden. Zu „TZ im Dialog“ käme dann „Gemeinde im Dialog“ oder?

Hans Jörg Rickert, 20. Juli 2017, [www.jb-spo.de](http://www.jb-spo.de)